Sauberes Trinkwasser ist höchstes Gut

15.01.2020 22:27

MdB Oßner unterstützt Landwirte bei Forderung gegen überzogene Düngeverordnung

Bei einem Gespräch am Donnerstag im Bundestagsbüro in Landshut mit Bauern aus der Region sicherte Oßner zu, sich bei Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und dem Wasserwirtschaftsamt Landshut für eine Anpassung der als überdüngt geltenden Gebiete einzusetzen.

„Die geplanten Regeln, welche die Bundesregierung auf Druck der EU zur Verschärfung der deutschen Düngeverordnung nach Brüssel gemeldet hat, bedeuten einen sträflichen Umgang mit dem wertvollen Ackerboden in unserer Region“, sagte Markus Wagner aus Neufahrn. Wenn dort pauschal und flächendeckend nur 20 Prozent unter Bedarf der Pflanzen gedüngt werden dürfe, würden die Ernteerträge deutlich zurückgehen. „Darum sollte zumindest für die Einteilung der Gebiete mit zu hoher Nitratbelastung, wo diese Vorgabe gelten soll, genauer hingeschaut werden, damit die Landwirtschaft nicht in ganzen Landstrichen unnötig eingeschränkt wird.“

Mehr Messstellen in roten Gebieten und mehr Wertschätzung für die Landwirte

Das möchte Oßner gegenüber Bundesministerin Klöckner und dem Wasserwirtschaftsamt Landshut betonen. „Wir stehen klar zu den Nitratgrenzwerten – sauberes Trinkwasser ist unser höchstes Gut“, machte Oßner deutlich. Jedoch werde dabei gerne über das Ziel hinausgeschossen. „Deshalb setzt sich die CSU im Bundestag für faire Umweltschutzvorgaben für die Bauern ein. Das werde ich im persönlichen Gespräch mit der Bundeslandwirtschaftsministerin, auch in Sachen Zwischenfrucht-Düngung, nochmals ansprechen“, sagte er. Geplant sei, bis spätestens zur Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Deutschland Mitte des Jahres eine Lösung auf EU-Ebene gefunden zu haben, um ein Sanktionsverfahren seitens der EU-Kommission abzuwenden.

Auf lokaler Ebene werde er in den Austausch mit dem Wasserwirtschaftsamt gehen. Denn bei der Einstufung, wo belastete rote Gebiete sein sollen, müsse eine engmaschigere und aktuellere Analyse des Grundwassers als bisher zu Grunde gelegt werden, sagte Oßner. Die Praxis habe nämlich gezeigt, dass innerhalb der roten Gebiete oft erhebliche Schwankungen möglich sind, diese jedoch aufgrund zu weniger Messstellen nicht festgehalten werden. „Das widerspricht offensichtlich einer fairen Behandlung der Ackerböden von Landwirten.“

Zudem mahnte Oßner einen gerechteren Umgang der Öffentlichkeit mit den Landwirten an: „Bei der aktuellen Diskussion um Arten- und Grundwasserschutz bekommt man schier den Eindruck, dass manche politische Richtungen überhaupt keine bayerische und deutsche Landwirtschaft mehr haben wollen.“ Die Alternative wäre, Milch, Fleisch und weitere Produkte aus dem Ausland zu beziehen. Damit wäre aber keinem geholfen. Dabei hätten gerade die bayerischen Landwirte Anerkennung und Wertschätzung für ihre herausragende Lebensmittelproduktion, die Landschaftspflege sowie das Tierwohl und den

Umweltschutz verdient. „Ausreißer von Einzelnen dürfen nicht den ganzen Berufsstand in Verruf bringen, der unsere Bürger ernährt“, so Oßner.

_ Fordern eine faire Behandlung der Landwirte ein – Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (Mitte) mit den Landwirten (von links) Ingrid Rothmeier, Markus Wagner, Christoph Huber, Sebastian Dickow und Georg Siegl.